

01 **Antrag 01/II/2018**

02 **Landesvorstand**

03 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

04 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

05

06 **Für eine starke SPD in Berlin:**

07 **SPD organisatorisch erneuern**

08 **Bericht der organisationspolitischen Kommission**

09

10 **1. EINLEITUNG**

11

12 Nach den schlechten Wahlergebnissen der SPD auf
13 Bundes- und Landesebene hallt der Ruf nach
14 politischer und organisatorischer Erneuerung durch
15 die Sozialdemokratische Partei. Dabei ist die
16 Erwartung groß, dass sich die Partei neuen
17 gesellschaftlichen Entwicklungen anpasst und für ihre
18 Mitglieder attraktive, neue Beteiligungsverfahren und
19 moderne innerparteiliche Strukturen bietet.

20

21 Um die zahlreichen Anträge im
22 Gesamtzusammenhang zu beraten sowie
23 Verfahrensvorschläge zu machen und ggf.
24 Änderungen der Statuten vorzuschlagen, setzte der
25 Landesparteitag der Berliner SPD eine
26 Organisationspolitische Kommission ein.

27

28 Seit Januar 2018 befassten sich Vertreter*innen des
29 Landesvorstands, aller Kreise, von
30 Arbeitsgemeinschaften und der Statutenkommission
31 mit der innerparteilichen Organisation.

32

33 Die Kommission gliederte ihre Beratungen in 15
34 Arbeitsgruppen, die sich in unterschiedlichen
35 Fragestellungen zum Beispiel mit der Betreuung und
36 den Beteiligungsmöglichkeiten der Mitglieder, mit der
37 Organisationsstruktur, der Kampagnenfähigkeit, der
38 Zusammenarbeit der Gliederungen oder dem
39 Landesparteitag beschäftigten.

40

41 Es ging sowohl darum, zu klären, was sich in der
42 Vergangenheit bewährt hat, als auch, vorliegende
43 Änderungsvorschläge zu diskutieren und -
44 gegebenenfalls strittig - abzustimmen. Dabei gab es
45 einstimmige Voten, oft aber auch mehr oder weniger
46 knappe Mehrheitsentscheidungen und unveränderte
47 Minderheitsmeinungen.

48

49 Bei aller Debatte im Detail war sich die Kommission
50 einig, dass die Meinungs- und Willensbildung
51 innerhalb der Partei auch künftig fair und transparent
52 von unten nach oben organisiert werden muss.

53

54 Jedem Mitglied muss - unabhängig von Herkunft,
55 Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung, Alter
56 oder anderer persönlicher Merkmale - das gleiche
57 Recht garantiert werden, sich frei und ungehindert an

01 der Meinungs- und Willensbildung der Partei zu
02 beteiligen.
03 Zugleich müssen die demokratisch legitimierten
04 Vorstände auf jeder Ebene handlungsfähig sein,
05 damit die Partei in der politischen
06 Auseinandersetzung bestehen und die eigenen
07 Beschlüsse in Regierungshandeln umsetzen kann. Das
08 wird ohne eine aktive Mitgliedschaft und gesunde
09 Finanzen nicht gelingen.

10
11 Notwendig ist daneben ein breit angelegter Prozess
12 für ein neues Grundsatzprogramm der SPD, damit
13 sich die SPD glaubwürdig politisch neu aufstellen
14 kann. (Antrag 14/II/2017)

15 16 **2. MITGLIEDER**

17
18 Die SPD ist und bleibt eine Mitgliederpartei. Die
19 Mitglieder tragen die Partei. Ohne das überwiegend
20 ehrenamtliche Engagement der Genossinnen und
21 Genossen wäre die SPD weder kampagnen- oder
22 wahlkampffähig noch könnte sie ihrem
23 Verfassungsauftrag gerecht werden, an der
24 Willensbildung des Volkes mitzuwirken.

25
26 Grundvoraussetzung für eine starke SPD ist ein
27 attraktives, begeisterndes und glaubwürdiges
28 Politikangebot. Nur damit können Wahlen gewonnen
29 und politische Forderungen umgesetzt werden.

30
31 Die Analyse der Wahl 2017 ist aus Sicht der
32 Organisationspolitischen Kommission eine gute
33 Grundlage, um über Fehler der Vergangenheit zu
34 diskutieren und dann konkrete Schlussfolgerungen zu
35 ziehen. Ein Neuanfang bedarf neben
36 innenorganisatorischer Neuerungen vor allem, dass
37 künftig verlässliche und berechenbare politische
38 Positionen erarbeitet werden, dass keine leere
39 Versprechen gemacht werden, dass die SPD mit
40 verständlicher Sprache spricht, mit der
41 Zivilgesellschaft kooperiert sowie gut und wirksam
42 regiert.

43
44 Dabei muss die SPD mit ihren Forderungen stets
45 sichtbar bleiben und ihre Parteikultur pflegen. Für
46 Mitglieder und Bürger*innen, die noch über ihren
47 Beitritt nachdenken, ist wichtig, wie die SPD mit ihrer
48 Geschichte umgeht, ob die Mitglieder
49 wertschätzende Erfahrungen in der Partei machen,
50 wie Entscheidungen in der SPD zustande kommen,
51 welchen Einfluss Mitglieder tatsächlich haben und ob
52 Hürden für ein aktives Engagement abgebaut werden
53 müssen.

54
55 Deshalb gilt es, möglichst viele unserer Mitglieder für
56 die Mitwirkung in der Partei zu begeistern, ihr Wissen
57

01 und ihre Kenntnisse zu nutzen und sie für die
02 Übernahme von Verantwortung vorzubereiten.
03
04 Um herauszufinden, welche Unterstützung die
05 Mitglieder erwarten und was inaktive Mitglieder
06 motivieren könnte, künftig mitzutun, schlägt die
07 Kommission einen berlinweite elektronische Umfrage
08 bei allen Berliner SPD-Mitgliedern vor.
09
10 Sie lehnte ab, eine Studie über die Berufe, Interessen,
11 Spezialwissen und Zeitbudgets der Mitglieder zu
12 erheben. *(Antrag 24/II/2017)*
13
14 Der Vorschlag einer Onlinebefragung aller Mitglieder
15 über ihre rassistischen Diskriminierungserfahrungen
16 fand keine Mehrheit. *(Antrag 22/I/2018)*
17
18 Wir wenden uns gegen Sexismus, Rassismus und
19 andere Diskriminierungen. Wir schaffen ein Klima,
20 das dieses nicht duldet. Tritt es dennoch auf, darf und
21 muss es angesprochen werden. Es ist die
22 Verantwortung aller, in der Partei im Rahmen ihrer
23 Möglichkeiten gegen Diskriminierungen vorzugehen.
24
25 Wir richten ein Gremium im Landesverband ein, das
26 für Betroffene von Sexismus, Rassismus und anderer
27 Diskriminierungen als Ansprechpartner dient, das
28 Betroffene unterstützt und ggf. Klärungen versucht.
29 Das Nähere zu diesem Gremium wird vom
30 Landesvorstand geregelt. Dabei greift er auf die
31 Erfahrungen der Jusos mit ihrer Anti-Sexismus-
32 Kommission zurück. Die Mitglieder des Gremiums
33 müssen geschult werden.
34
35 Wir dulden Sexismus, Rassismus und anderes
36 diskriminierendes Verhalten in unserer Partei nicht.
37 Bei schweren Fällen muss dies zum Ausschluss aus
38 der Partei führen. Die Statutenkommission prüft, ob
39 hierfür statutarische Änderungen nötig sind.
40
41 **a. Bildungsangebote**
42
43 Ferner regt die Kommission an, mehr und neue
44 Bildungsangebote für Mitglieder auch außerhalb von
45 Wahlkampfzeiten zu entwickeln.
46
47 So spricht sie sich beispielsweise für
48 Fortbildungsangebote zu Moderation und Statut aus.
49
50 Schulungen sollen Mitgliederbeauftragte bei der
51 Ansprache der inaktiven Mitglieder unterstützen.
52
53 Vor allem für neue Mitglieder soll es
54 „Einstiegsseminare in die Parteiarbeit“ geben, in
55 denen in knapper Form ein Einstieg in politische
56 Gespräche vermittelt wird, wie sie – nicht nur – im
57 Wahlkampf geführt werden.

01 Ferner sollen Neumitglieder gezielt über ihre
02 Beteiligungsmöglichkeiten in Abteilungen,
03 Arbeitsgemeinschaften, Foren oder Fachausschüssen
04 informiert werden. (siehe auch *Antrag 16/I/2018*).

05
06 Das Starter-Paket soll darüber hinaus auch das
07 Leitbild zur Gleichstellung enthalten.

08
09 **b. Vereinbarkeit von Beruf, Familie und politisches**
10 **Engagement**

11
12 Um auch Eltern die Teilnahme an Sitzungen in
13 Abteilung, Kreis oder Land zu ermöglichen, soll
14 grundsätzlich Kinderbetreuung für
15 Kreisdelegiertenversammlungen und
16 Landesparteitage angeboten werden. Über eine
17 eventuelle Erstattung von Babysitterkosten kann auf
18 der jeweiligen Ebene entschieden werden.

19
20 Die Kommission empfiehlt den Gremien, ihre Termine
21 langfristig zu planen, um den Mitgliedern die
22 Teilnahme zu erleichtern. Dabei können Gremien
23 auch über alternierende Zeiten für den
24 Sitzungsbeginn entscheiden. (*Antrag 19/ii/2017*)

25
26 Sitzungen sollen transparent und im zeitlichen
27 Verlauf realistisch geplant und die Planung
28 transparent kommuniziert werden. Dabei kann das
29 Sitzungsende im Vorhinein festgelegt werden und
30 sollte dann eingehalten werden. (*Antrag 19/ii/2017*)

31
32 Ihre Sitzungen sollen in der Regel nicht länger als zwei
33 Stunden dauern. Abteilungen und
34 Arbeitsgemeinschaften sollen mindestens alle acht
35 Wochen parteiöffentlich tagen. (*Antrag 18/II/2017*)

36
37 Quotierte Redelisten sollen auf allen Ebenen der
38 Berliner SPD eingehalten werden.

39
40 Ein „Funktionssharing“ - die Besetzung einer Funktion
41 mit zwei Genoss*innen, die sich die Arbeit teilen -
42 muss zunächst rechtlich geprüft werden.

43
44 Zur Unterstützung der Organisation und Struktur von
45 Sitzungen erstellt der Landesverband einen
46 empfehlenden Leitfaden. Einen „Verhaltenskodex“
47 lehnt die Kommission ab.

48
49 **3. MITGLIEDERBETEILIGUNG**

50
51 Die SPD muss interessant bleiben und Ort der
52 politischen Willensbildung sein, unter anderem mit
53 der Erarbeitung neuer interessanter
54 Veranstaltungsformate wie Zukunftswerkstätten
55 oder Programmforen und mit mehr digitalen
56 Möglichkeiten der Beteiligung. (*Antrag 05/II/2017*)

57

01 Intransparente Verfahren bei der Aufstellung von
02 Kandidierenden, aber auch bei der Erarbeitung von
03 Papieren oder Programmen, sind hingegen geeignet,
04 Mitglieder zu demotivieren. Deshalb wird die SPD
05 Berlin darauf achten, dass die Verfahren zur
06 Aufstellung von Kandidat*innen durchsichtig und fair
07 gestaltet werden.
08
09 Die Kommission hat sich für erweiterte
10 Beteiligungsinstrumente ausgesprochen, dies
11 allerdings grundsätzlich an die Möglichkeit der
12 elektronischen Umsetzung gekoppelt - schon um die
13 zusätzlichen Kosten in Grenzen zu halten und die
14 Kampagnenfähigkeit der SPD nicht zu gefährden.
15
16 Dies vorausgesetzt, empfiehlt die Kommission,
17 künftig die Kanzler*innen-Kandidatur, die
18 Spitzenkandidatur für die Abgeordnetenhauswahl
19 sowie und/oder die Kandidatur für das Amt des/der
20 Regierende/r Bürgermeister*in obligatorisch per
21 Mitgliederentscheid zu ermitteln- wenn mehr als eine
22 Bewerbung vorliegt.
23
24 Außerdem sollen vor Abschluss von
25 Koalitionsverträgen auf Bundes- und Landesebene
26 immer die Mitglieder über das geplante
27 Regierungsbündnis entscheiden. *(Antrag 11/II/2017)*
28
29 Anders sieht es die Kommission bei
30 Spitzenfunktionen der Partei. Weder beim
31 Parteivorsitz noch bei der/dem Generalsekretär*in
32 oder den Direktkandidaturen für die Parlamente auf
33 Bundes-, Landes- oder Europaebene sollen
34 obligatorische Mitgliederbefragungen eingeführt
35 werden.
36
37 Der Vorschlag, durch eine Statutenänderung die
38 Kandidat*innen-Aufstellung für öffentliche Ämter
39 durch eine Wahlkreisvollversammlung zu
40 ermöglichen, wurde abgelehnt.
41
42 Zur Durchsetzung eines Mitgliederentscheids spricht
43 sich die Kommission für ein Quorum von zwei Fünftel
44 der Unterbezirke auf der Bundesebene und ein Drittel
45 der Kreisvorstände auf der Landesebene.
46
47 Die Kommission empfiehlt mehrheitlich, das Quorum
48 für ein Mitgliederbegehren von zehn auf fünf Prozent
49 der Mitgliedschaft abzusenken. *(Antrag 12/II/2017)*
50
51 Die jeweiligen Vorstände sollen künftig verpflichtet
52 werden, die Anliegen bei Mitgliederbegehren oder die
53 Abstimmungsalternativen bei Mitgliederentscheiden
54 in der Partei bekannt zu machen, möglichst
55 elektronisch oder auf den üblichen innerparteilichen
56 Informationskanälen und ohne zusätzliche Kosten zu
57 verursachen.

01 Dabei soll stets die Chancengleichheit gewahrt
02 werden. Die Unterschriften werden in den
03 Geschäftsstellen gesammelt.

04
05 Die Kreise werden zur Durchführung von eigenen
06 elektronischen Mitgliederumfragen ermutigt und
07 unterstützt.

08
09 Zugleich spricht sich die Kommission gegen die
10 Einführung plebiszitärer Elemente aus. So sollen die
11 Vorstände nicht verpflichtet werden, die Mitglieder
12 regelmäßig und von sich aus vor wichtigen
13 inhaltlichen Entscheidungen zu befragen oder die
14 politische Meinung der Basis zu erkunden. *(siehe auch*
15 *Antrag 13/I/2018)*

16 17 **4. KAMPAGNEN**

18
19 Dreh- und Angelpunkt jeder Kampagnenfähigkeit ist
20 das Ehrenamt, die Mund- zu Mund-Propaganda, die
21 Überzeugungsarbeit in der Familie, am Arbeitsplatz,
22 in der Freizeit. Dazu gehört allerdings auch eine
23 mitreißende Politik, über die man spricht.
24 Der SPD Landesverband Berlin hat mit einer
25 steigenden Mitgliederzahl und einem geringeren
26 Durchschnittsalter der Mitglieder als im
27 Bundesschnitt gute Voraussetzungen, erfolgreich
28 Kampagnen und Wahlkämpfe zu bestehen.

29 30 **a. Starke SPD in der ganzen Stadt**

31
32 Die Kommission war sich einig, dass in Berlin keine
33 weißen Flecken entstehen dürfen, auf denen die SPD
34 nicht präsent ist.

35
36 So ist die Unterstützung strukturell schwacher
37 Stadtgebiete beispielsweise in den ehemaligen
38 Ostbezirken notwendig. Ohne eine Verbesserung der
39 Ergebnisse im Osten und Südosten der Stadt verlieren
40 wir unsere Mehrheitsfähigkeit. *(Antrag 05/II/2017).*

41
42 In einer Projektgruppe können rechtzeitig vor der
43 Wahl 2021 inhaltliche, programmatische sowie
44 strategische Lösungsansätze erarbeitet werden.
45 *(Antrag 06/II/2017)*

46
47 Der Landesvorstand benennt eine*n Beauftragte*n für
48 strukturschwache Kreise, damit die Thematik im
49 Landesvorstand auch gebündelt präsent bleibt und
50 mit Arbeitsaufträgen versehen werden kann.
51 Eine*n Beauftragte*n für die
52 Wahlkampfkoordination in den östlichen Bezirken
53 lehnt die Kommission ab.

54
55 Die Forderung, bei der Aufstellung der Landesliste für
56 die nächste Bundestagswahl die Wahlkreise Marzahn-
57 Hellersdorf, Treptow-Köpenick und Lichtenberg mit

01 einem festen Platz bis Platz 6 auf der Landesliste zu
02 berücksichtigen, fand keine Mehrheit. (*Antrag*
03 *07/II/2017*)

04
05 Die Kommission stimmte ferner mit breiter Mehrheit
06 dagegen, dass bei der Aufstellung von Listen
07 mindestens ein Drittel der aussichtsreichen Plätze an
08 neue Kandidat*innen vergeben werden sollen, die
09 vorher noch kein Mandat hatten (*Antrag 14/II/2017*).

10
11 **b. Präsenz**

12
13 Die SPD muss wahrgenommen und möglichst das
14 ganze Jahr über in der Stadt sichtbar sein.
15 Rote Busse können vor allem dort eingesetzt werden,
16 wo ansonsten kaum noch Aktivitäten stattfinden. Die
17 Rote-Busse-Teams werden entsprechend geschult.
18 Das BeTeam wird verstetigt.

19
20 Es wird ein Personalpool - die „Solidargruppe“ - von
21 Freiwilligen eingerichtet, der über den eigenen
22 Verteiler erreichbar ist. Ziel ist die Unterstützung bei
23 Aktionen und Veranstaltungen auch außerhalb der
24 Wahlkampfzeit.

25
26 Spitzenkandidat*innen und Mandatsträger*innen,
27 aber auch der gewählte Landesvorstand der SPD
28 Berlin, werden dazu verpflichtet, sich solidarisch und
29 proaktiv - auch außerhalb von Wahlkampfzeiten - in
30 strukturschwachen Kreisen und Abteilungen verstärkt
31 Präsenz zu zeigen.

32
33 Darüber hinaus schafft der Landesverband Equipment
34 an, (*siehe auch Antrag 05/II/2017*) das die Abteilungen
35 zum Selbstkostenpreis ausleihen können. Damit
36 werden sie unabhängig von teuren Fremd-Anbietern.

37
38 Die Kommission regt zwei bis drei thematische Mini-
39 Kampagnen des Landesverbandes in Zusammenarbeit
40 mit Kreisen zu wichtigen, die Stadt bewegenden
41 Themen an. Das Kurt-Schumacher-Haus und die zwölf
42 Kreisbüros dienen als gut vernetzte Dienstleister für
43 die Ehrenamtlichen.

44
45 Veranstaltungen mit Partnern in den Kiezen haben
46 sich darüber hinaus bewährt. Vergleichsweise
47 günstige Postkartenkampagnen (kommerzielle
48 Kneipendisplays) unterstützen die Wahrnehmung der
49 SPD über das ganze Jahr.

50
51 Die enge Bindung der SPD an die Gewerkschaften
52 wird verstärkt. So wird die Arbeit des
53 Gewerkschaftspolitischen Beirats intensiviert.
54 Es wird eine jährliche Konferenz mit Betriebs- und
55 Personalräten organisiert. (*Antrag 04/I/2018*)

56
57

01 **5. WAHLKAMPF**

02
03 Der Parteivorstand und der Landesvorstand sollen
04 Entwürfe für Wahlprogramme mindestens sechs
05 Monate vor dem jeweiligen Parteitag beschließen und
06 zur Debatte in die Partei geben. *(Antrag 14/1/2018)*
07

08 Um die Wahlkämpfer besser zu unterstützen, ist sich
09 die Kommission einig, dass die Abteilungen die
10 wesentlichen Materialien des Wahlkampfes drei
11 Monate vor dem Wahltermin erhalten sollen.
12

13 Bei Give-Aways beschränkt sich der Landesverband
14 auf wenige klassische Produkte und stellt den
15 Wahlkämpfern rechtzeitig Prototypen vor.
16 Materialschlachten und „Last-Minute-Schnellschüsse“
17 soll es möglichst nicht mehr geben.
18

19 Bei der Großflächenwerbung kann zugunsten von
20 regionalisierten Kampagnen und persönlichem
21 Wahlkampf gespart werden.
22 Ferner sollen größere und kleinere Abteilungen des
23 Landesverbands ermutigt werden, Huckepack-Teams
24 zu bilden, um gemeinsame Aktivitäten zu
25 organisieren und sich gegenseitig zu unterstützen.
26

27 Da auf Sommer- und Familienfesten auch viele
28 Nichtmitglieder angesprochen und Kontakte geknüpft
29 werden können, entwickelt der Landesverband eine
30 Handreichung für die Abteilungen mit gebündeltem
31 Know-How für die Organisation solcher Feste. Dabei
32 soll es auch um die Genehmigungsverfahren gehen.
33 In einem Leitfaden werden die Abteilungen außerdem
34 über die Möglichkeiten analoger oder digitaler
35 Werbung für ihre Veranstaltungen informiert.
36

37 **6. LANDESPARTEITAGE**

38
39 Die Berliner SPD ist und bleibt eine Programm- und
40 Mitgliederpartei. Zu jedem Parteitag liegen aus allen
41 Gliederungen Anträge vor. Es hat sich bewährt, diese
42 Anträge auf zwei Landesparteitagen im Jahr zu
43 beraten.
44

45 Mit dem stets aktuell gehaltenen Online-System
46 können die Mitglieder, aber auch Interessierte und die
47 Presse jederzeit erkennen, welche Anträge gestellt
48 wurden und wie darüber abgestimmt wurde. Es sollte
49 geprüft werden, ob die Online-Begleitung des
50 Parteitags noch ausgebaut werden kann.
51

52 Ausdrücklich erkennt die Kommission die Leistung der
53 Mitarbeiter*innen des Kurt-Schumacher-Hauses an,
54 die die Landesparteitage professionell vorbereiten
55 und für einen reibungslosen, satzungsgemäßen
56 Ablauf sorgen.
57

01 **a. Tagesordnung**

02
03 Kritik gibt es allerdings beispielsweise an der
04 Tagesordnung, die oft mit langen Reden, Grußworten
05 und Formalien überfrachtet ist. Die Kommission
06 plädiert dafür, spätestens nach vier Stunden mit der
07 Antragsberatung zu beginnen.

08
09 Der Vorschlag, Grußworte auf eine Stunde zu
10 beschränken und zwei Drittel des Parteitags für die
11 Antragsberatung zu reservieren (bei Wahlen ein
12 Drittel), fand keine Mehrheit. (*Antrag 07/I/2018*).

13
14 Die Delegierten sollen die Möglichkeit erhalten, selbst
15 über die Reihenfolge der Beratung der Antragsblöcke
16 zu entscheiden. Dies soll nicht der
17 Antragskommission überlassen werden.

18
19 Statutenändernde Anträge werden am Anfang der
20 Parteitage behandelt. (*Antrag 07/I/2018*)
21 Für den Vorschlag, zeitgleich mit der Einberufung des
22 Parteitags thematische Schwerpunkte zu
23 veröffentlichen, gab es eine Mehrheit. (*Anträge*
24 *07/I/2018 sowie 11/I/2018*)

25
26 **b. Delegierte**

27
28 Delegierte werden in den Abteilungen, auf KDVen
29 oder auf dem Landesparteitag für die jeweils
30 nächsthöhere Ebene nominiert und/oder gewählt. Die
31 Arbeitsgemeinschaften sollen keine eigenen
32 Delegierten für die KDVen und den Landesparteitag
33 erhalten.

34
35 Keine Zustimmung gab es in der Kommission für den
36 Vorschlag, jeweils 25 Prozent einer
37 Parteitagsdelegation neu zu bestimmen, wobei die
38 ausgeschiedenen Delegationsmitglieder beim
39 nächsten Mal wieder kandidieren können. (*Antrag*
40 *15/II/2017*)

41
42 Daneben stimmte die Kommission für den Antrag, in
43 §15* des Organisationsstatuts der SPD Berlin auch die
44 Berliner Abgeordneten des Europaparlaments, die
45 SPD-Mitglieder der Bezirksamter sowie die Berliner
46 Mitglieder der Bundesregierung zu beratenden
47 Delegierten des Landesparteitags sowie den
48 jeweiligen Kreisdelegiertenversammlungen
49 aufzunehmen. (*Antrag 02/I/2018*)

50
51 Auf Bundesparteitagen sollen die Mitglieder der
52 Bundesregierung mit beratender Stimme teilnehmen.
53 Dass Mandatsträger*innen grundsätzlich nicht
54 Delegierte mit Stimmrecht auf Landes- und
55 Bundesparteitagen sein können, fand keine Mehrheit.
56 (*Anträge 02/I/2018, 03.1/I/2018, 05/I/2018,*
57 *06/I/2018 aus Pankow*)

01
02 Die Kommission empfiehlt, dass
03 Mandatsträger*innen grundsätzlich nicht Delegierte
04 mit Stimmrecht auf Landes- und Bundesparteitag
05 sein sollten.

06 07 **c. Rederecht**

08
09 Eine Ausweitung des Rederechts auf dem
10 Landesparteitag für alle Mitglieder wird abgelehnt.
11 Das gilt auch für die KDVen.

12
13 Der Vorschlag, Delegierte, die noch nicht das Wort
14 hatten, vor denen auf die Redeliste in der Debatte zu
15 nehmen, die bereits gesprochen haben, wurde
16 abgelehnt. (*Antrag 09/I/2018*)

17 18 **d. Anträge**

19
20 Die Kommission appelliert an die Antragsteller*innen,
21 ihre Forderungen und die Begründung in den
22 Anträgen klarer zu trennen und den Antragswillen
23 voran zu stellen.

24
25 Alle Antragsteller*innen sollen die Antragsfrist
26 einhalten, das gilt auch für Leitanträge.

27 28 **e. Antragskommission**

29
30 Die Anträge werden auch künftig von einer
31 Antragskommission vorstrukturiert und beraten.
32 Außerdem sollen sie mit einem Votum versehen
33 werden.

34
35 Der Parteitag soll über dieses Votum abstimmen, und
36 nicht über den Antragstext. (*siehe auch Antrag*
37 *08/I/2018*)

38
39 Das Antragsbuch soll künftig ohne die Empfehlungen
40 der Antragskommission versendet werden. (*siehe*
41 *auch Antrag 08/I/2018*)

42
43 Für die Delegiertenversammlungen der Kreise und
44 Arbeitsgemeinschaften sowie den Landesparteitag
45 werden Antragsunterlagen elektronisch zur
46 Verfügung gestellt. Delegierte, Ersatzdelegierte und
47 Teilnehmer*innen erhalten gedruckte
48 Antragsunterlagen, wenn sie dies wünschen. Hierfür
49 erfolgt vor der ersten Sitzung der jeweiligen
50 Wahlperiode eine Abfrage. (*Antrag 10/I/2018*).

51
52 Die organisationspolitische Kommission lehnt die
53 vorgeschlagene Begrenzung der Mitgliedschaft in der
54 Antragskommission ab.

55
56 Auch ein entsprechender Appell an die Kreise, ihre
57 Vertreter*innen nur zeitlich befristet in die

01 Antragskommission zu entsenden, fand keine
02 Mehrheit.

03

04 **f. Konsensliste**

05

06 Die Kommission ist dafür, die Konsensliste
07 abzuschaffen, und stattdessen jeden Antrag oder
08 Antragsblock aufzurufen, zu beraten und
09 abzustimmen, damit wichtige Themen in jedem Fall
10 aufgerufen werden und nicht in der
11 Gesamtabstimmung über die Konsensliste
12 untergehen.

13

14 Der Parteitag soll im Fall der Zusammenfassung von
15 Anträgen durch die Antragskommission über das
16 Votum der Antragskommission abstimmen. Im Falle,
17 dass die Anträge in der Form des Antragstellers zur
18 Abstimmung gestellt werden, wird über den Antrag
19 (und nicht das Votum der Antragskommission)
20 abgestimmt.

21

22 Damit auch Gäste, Presse und vor allem die
23 Delegierten der Antragsdebatte besser folgen können,
24 könnten die Anträge auf den Leinwänden abgebildet
25 werden. Außerdem kann auf den Bildschirmen auch
26 der Name der jeweiligen Redner*innen abgebildet
27 werden.

28

29 **7. LANDESVORSTAND**

30

31 Forderungen nach einer breiten personellen
32 Aufstellung der Partei werden in der Kommission nur
33 grundsätzlich geteilt.

34 Der Vorschlag, dass der Geschäftsführende
35 Landesvorstand nicht fast vollständig aus
36 Mandatsträger*innen besteht, sondern die Vielfalt der
37 Partei (Frauen/Männer, Jüngere und Ältere,
38 Genoss*innen mit unterschiedlichen
39 Lebenshintergründen) abbilden sollte, wurde
40 abgelehnt. (*Antrag 05/II/2017*)

41

42 Dass Jusos verpflichtend in allen geschäftsführenden
43 Vorständen berücksichtigt werden müssen, fand in
44 der Kommission keine Mehrheit. (*Antrag 14/II/2017*,
45 *ergänzend: Jugendquote von 25 Prozent und jeder*
46 *fünfte Listenplatz: Antrag 17/II/2017*)

47

48 **8. VERBESSERTE ABSTIMMUNG BEZIRKE/LAND/BUND**

49

50 Um politisch besser wirken und als Partei erkennbar
51 zu sein, ist ein gutes Zusammenspiel der
52 unterschiedlichen politischen Ebenen notwendig.
53 Dazu müssen wir den Informationsaustausch und die
54 Abstimmung über inhaltliche Themen zwischen den
55 Gremien auf allen Ebenen verbessern.

56

57

01 Zunächst ist eine Bestandsaufnahme nötig: Eine
02 Übersicht über die wechselseitige Gremienteilnahme
03 von Mandatsträger*innen und Ehrenamtlichen soll
04 erstellt werden.
05
06 Vor allem eine gemeinsame Kommunikation von
07 Bundes-, Landes- und Kommunalebene kann die
08 Position der Partei in der Öffentlichkeit sichtbar
09 machen. Dazu muss die Verbindlichkeit von
10 Absprachen verbessert sowie die Aufmerksamkeit für
11 Themen konsequent und Ebenen übergreifend erhöht
12 werden.
13
14 Leitanträge für Landesparteitage können gemeinsam
15 erarbeitet werden. In den Gremien sollen regelmäßige
16 Berichte abgegeben werden.
17
18 Das Format eines Jour fix, das im Sommer gemeinsam
19 mit dem Senat, Fraktionsvorstand, GLV stattfindet,
20 sollte auch zwei Mal auch im laufenden Jahr
21 einberufen werden. Optional kann ein Tagesseminar
22 organisiert werden, um eine gemeinsame Strategie zu
23 planen.
24
25 Angeregt wird ferner, dass sich die Landesgruppe ein
26 bis zwei Mal im Jahr mit den Fraktionsvorsitzenden
27 der BVVn und des Abgeordnetenhauses zu einer
28 Koordinierungsrunde trifft. Auf einem jährlichen
29 Treffen mit der/dem Vorsitzenden der
30 Bundestagsfraktion können grundsätzliche
31 Absprachen getroffen werden.
32
33 Eine Landesvorstandsklausur mit den BVV-
34 Fraktionsvorsitzenden soll den Tagesordnungspunkt
35 „Zusammenarbeit Bund, Länder, Bezirke“ aufrufen.
36 Wichtig ist, dass auch die SGK ihre Vorschläge darüber
37 einbringt, wie die Vernetzung zwischen Bezirken,
38 Land und Bund vorangetrieben werden kann.
39
40 Angeregt wird, dass die/der Vorsitzende der AG
41 Fraktionsvorsitzende einmal im Quartal im
42 Landesvorstand Bericht erstattet. Der Austausch von
43 Anträgen zwischen den BVV-Fraktionen soll
44 institutionalisiert werden.
45
46 Zur Verbesserung der gegenseitigen Information kann
47 auch eine monatliche Übersicht dienen, in der die
48 Aktivitäten den jeweiligen Gliederungen zugeordnet
49 werden und die den Kreisvorständen zur Verfügung
50 gestellt werden sollte.
51
52 Es wird eine Koordinierungsstelle geschaffen, die ggf.
53 in einem zweiten Schritt zu einer strategischen
54 Planungsstelle ausgebaut wird. Dort sollen
55 Planungsstände von Vorhaben (Gesetze, Anträge etc.)
56 zusammen geführt werden, um eine verbesserte
57 Kooperation zu ermöglichen (Schaltstelle). Außerdem

- 01 sollten weitere Gremien (z. B. AG
02 Fraktionsvorsitzende) eingebunden werden.
03
- 04 Ziel ist es daneben, die Präsenz der Senatsmitglieder,
05 Abgeordneten und Bezirksverordneten in den
06 Wahlkreisen zu erhöhen. Die Mandatsträger*innen in
07 den Bezirken sollten mehr Einladungen erhalten, eine
08 Mandatsträger*innen-Liste mit Angaben über
09 Themengebiete oder Qualifikationen wird erstellt.
10
- 11 Zur Verbesserung der gegenseitigen Information regt
12 die Kommission an, die Tagesordnungen und Anträge
13 der BVV-Fraktionen, Fraktion im AH, des
14 Landesvorstandes oder auch der Kreisvorstände
15 gegenseitig zur Verfügung zu stellen.
16
- 17 Die Geschäftsführer*innen tauschen sich ggf. durch
18 wöchentliche Telefonkonferenzen untereinander aus.
19
- 20 Die Kommission regt die Erstellung eines Online-
21 Pools/Datenbank für Gliederungen an, in dem unter
22 anderem Referent*innen zu einzelnen Themen
23 aufgenommen werden, auf die Parteigremien
24 zurückgreifen können.
25
- 26 **9. ARBEITSGEMEINSCHAFTEN UND FACHAUSSCHÜSSE**
27
- 28 Arbeitsgemeinschaften repräsentieren die Vielfalt der
29 Mitgliedschaft und bieten gerade neuen Mitgliedern
30 die Möglichkeit, sich inhaltlich einzubringen,
31 Verantwortung zu übernehmen und die Positionen
32 der Partei in den ihnen nahestehenden
33 gesellschaftlichen Gruppen zu vertreten.
34
- 35 Die Kommission schlägt vor, alle Mitglieder einmal im
36 Jahr mit der Informationen „Wo-kannst-du-
37 mitmachen“ digital zu den Arbeitsgemeinschaften
38 einzuladen.
39
- 40 Die Neumitgliedertreffen werden auch in Absprache
41 mit den Arbeitsgemeinschaften organisiert. Die
42 Arbeitsgemeinschaften erhalten dort die Möglichkeit,
43 die Neumitglieder gezielt über ihre Arbeit zu
44 informieren und auf gemeinsame Interessen und
45 Vorhaben hinzuweisen.
46
- 47 Mitglieder sollen grundsätzlich die Möglichkeit
48 haben, wohnortnah Sitzungen der
49 Arbeitsgemeinschaften zu besuchen. Wo dies nicht
50 möglich ist, wollen künftig bezirksübergreifende
51 Kooperationen gefördert und AG-Strukturen
52 gegründet werden.
53
- 54 Die Arbeitsgemeinschaften müssen eigene
55 Neumitglieder-Beauftragte auf Landesebene
56 benennen, auf Kreisebene gilt die Soll-Regelung.
57

01 Der Vorschlag der Jusos, ein automatisiertes
02 Verfahren für die Mitgliedsbewegung bei „Nur-Jusos“
03 zu entwickeln, fand eine Mehrheit. (*Anträge*
04 *17/I/2018 und 18/I/2018*)

05
06 Auf Zustimmung stieß der Vorschlag, alle
07 Fachausschüsse und Arbeitskreise für alle Mitglieder
08 zu öffnen, mehr Transparenz zu schaffen und über die
09 Arbeit regelmäßig zu informieren. (*Antrag 19/I/2018*)

10
11 Der Dienstagsbrief soll künftig für Mitglieder mit
12 Beeinträchtigungen umgebaut und in einer
13 barrierearmen Version zur Verfügung gestellt werden.
14 (*Antrag 20/I/2018*)

15 16 **10. HAUPTAMTLICHE**

17
18 Die Forderung, zusätzliches hauptamtliches Personal
19 auf Landes- oder Kreisebene zur Unterstützung der
20 Arbeitsgemeinschaften einzustellen, wurde hingegen
21 mit großer Mehrheit abgelehnt. (*Jusos siehe auch*
22 *Antrag 21/I/2018*)

23
24 Keine Zustimmung fand die Idee, beim
25 Landesverband die Stelle eines/einer
26 Engagementbeauftragten als zentrale Anlaufstelle für
27 Mitglieder zu schaffen.
28 Um in unseren Parteistrukturen und -prozessen
29 mögliche Engagement-Hemmnisse für eine Vielfalt an
30 Menschen abzubauen, wird das Projekt Interkulturelle
31 Kompetenzen (IKÖ) weitergeführt. (*Antrag*
32 *22/II/2017*).

33
34 Alle hauptamtlichen Stellen auf Kreis-, Landes- oder
35 Bundesebene sollen zudem künftig verpflichtend
36 parteiöffentlich ausgeschrieben werden. (*Antrag*
37 *23/II/2017*)

38 39 **11. DIGITALES**

40
41 (*siehe Antrag 15/I/2018 der Jusos*)
42 Mit der Absicht, Partizipationsformen zu erweitern
43 und damit die Vereinbarkeit von ehrenamtlichem
44 Engagement, Familie und Beruf zu erleichtern,
45 müssen traditionelle Mitmach-Formate um Online-
46 Mitmachmöglichkeiten ergänzt werden.

47
48 Zur Arbeitserleichterung sieht die Kommission die
49 Einführung neuer Projektmanagement- und
50 Kommunikationstools sowie einer parteiinternen
51 Online-Plattform vor.

52
53 Es soll geprüft werden, wie allen Mitgliedern alle
54 bekannten relevanten Informationen parteiintern zur
55 Verfügung gestellt werden kann.

56
57

01 Ziel ist es, ein zentrales Wissens- und
02 Informationsmanagement für den Landesverband zu
03 haben.
04
05 Zudem wird der Beschluss des Bundesparteitages
06 2017, bis zum Frühjahr 2019 eine SPD-App
07 bereitzustellen, unterstützt. Diese muss durch ihr
08 Nutzererlebnis und einen praktischen Mehrwert
09 überzeugen.
10
11 Als Möglichkeit der digitalen Beteiligung auf
12 Bundesebene wird bis spätestens 2019 eine
13 begrenzte Anzahl von Online-organisierten
14 Themenforen geöffnet werden. Diese
15 Beteiligungsform soll jeweils zeitlich begrenzt und zu
16 aktuellen Themen erfolgen.
17 Ergänzend sollte der Landesvorstand Themenforen zu
18 Themen eröffnen, die auf Bundesebene nicht existent
19 oder landesspezifisch sind. *(Antrag 12/I/2018)*
20
21 Auf Bundesebene soll ein Online-Ideenmanagement
22 als Infoportal eingeführt werden, welches auf
23 Landesebene genutzt werden soll. *(Antrag 21/II/2017)*
24
25 Die traditionellen Weiterbildungsmöglichkeiten der
26 Partei sind durch elektronische
27 Fortbildungsmöglichkeiten zu ergänzen.
28
29 Es wird den Gliederungen technisch ermöglicht, eine
30 digitale Beteiligung an Sitzungen und
31 Veranstaltungen anzubieten. Ob diese tatsächlich
32 angeboten wird, ist den Gliederungen überlassen.
33
34 Es soll geprüft werden, ob die Online-Begleitung des
35 Landesparteitags ausgeweitet werden kann.
36
37 Folgende Prüfaufträge wurden verabredet:
38 - Geschlossene Video- und
39 Telefonkonferenzen – Angebote durch den
40 Parteivorstand/Landesverband
41 - Schaffung von technischen Möglichkeiten
42 und Werbung für deren Nutzung
43 - „digitale, orts- und uhrzeitenunabhängige
44 Beteiligungsformen ermöglichen
45 bspw. SPDdoc-Online zur Erarbeitung von
46 Papieren, Anträgen etc., aber auch zum Abruf
47 von bereits vorhandenen Papieren (bspw.
48 Protokollen)
49 - Abteilungssitzung transparenter und offener
50 gestalten, ggf. unterstützt durch
51 Videokonferenzen oder Telefonkonferenzen
52 - Fortbildungsmöglichkeiten auch online
53 schaffen (Webinar)
54
55
56
57